

Vorwort

1998 könnte in vielerlei Hinsicht als „Jahr der Wasserscheiden“ in die südkoreanische Geschichte eingehen. In wenigstens vier Bereichen - Politik, Wirtschaft, Kultur und innerkoreanische Beziehungen - ergaben sich Neuansätze, die einen Wandel eingeläutet haben oder zumindest an dessen Anfang stehen könnten. In der Politik übernahm mit Kim Dae-jung erstmals ein Oppositionspolitiker das oberste Staatsamt. Da die südkoreanische Verfassung die Möglichkeit einer Wiederwahl nicht vorsieht, bleiben dem neuen Staatspräsidenten nur fünf Jahre, um zu versuchen, seine Vorstellungen einer „mass-participatory democracy“ und einer „market-based social economy“ zu verwirklichen. Ob er mit seinen Reformansätzen mehr Erfolg haben wird als sein letztlich recht glückloser Vorgänger Kim Young-sam wird sich erst noch zeigen müssen. Allerdings deuten seine Aktivitäten während des ersten Amtsjahres darauf hin, daß „DJ“ es ernst meint mit Veränderungen.

Kim Dae-jungs Wahlsieg wurde ermöglicht durch eine Allianz mit seinem alten Kontrahenten Kim Jong-pil, der nach rund 25 Jahren nun wieder das Amt des Ministerpräsidenten bekleidet. Aufgrund längeren Widerstandes der zunächst im Parlament zahlenmäßig überlegenen Opposition konnte „JP“ allerdings erst Mitte August in seinem Amt offiziell bestätigt werden. Innerhalb weniger Wochen festigte sich dann jedoch die parlamentarische Basis der Regierungskoalition: Zunächst trat ein weiterer Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen 1998, Rhee In-je, mit seinen Gefolgsleuten der Partei von Kim Dae-jung bei. Wenig später liefen weitere Abgeordnete der ehemaligen Regierungspartei in das Lager von Kim Dae-jung und Kim Jong-pil über, so daß dieses nun über eine Mehrheit in der Nationalversammlung verfügt. Diese nutzte die Regierungskoalition auch sogleich, um - in teilweise bedenklicher Art und Weise - Reformgesetze durch das Parlament zu bringen. Fraglich ist jedoch, wie lange die Allianz der beiden Kims halten wird. Weitere Spannungen in der heiklen Frage der Einführung eines Kabinettsystems mit einem starken Ministerpräsidenten an der Spitze scheinen vorprogrammiert zu sein.

Im Bereich der Wirtschaft führte die Krise, die im Herbst 1997 begann, nicht nur zur heftigsten Rezession seit dem Koreakrieg, sondern auch zu einer Reihe von Umstrukturierungsmaßnahmen. Wichtigste Bestandteile des Reformpaketes waren und sind die Sanierung des Banksektors, die Öffnung der Kapitalmärkte, der Umbau des Unternehmenssektors und die Reform des Arbeitsmarktes. Die weitestgehenden Fortschritte wurden dabei bisher bei der Umstrukturierung des Finanzsektors erzielt. Hier wurde zunächst mit der Financial Supervisory Commission ein machtvolles Überwachungsorgan geschaffen, und auch die koreanische Zentralbank erhielt größere Unabhängigkeit. Fünf marode Banken sowie eine Reihe von Handelsbanken wurden von der Regierung geschlossen, andere Banken wurden zur Fusion gezwungen bzw. in zwei Fällen de facto zeitweise verstaatlicht.

Durch den Aufkauf notleidender Kredite und andere Stützungsmaßnahmen ist die Regierung, zumindest übergangsweise, zum Mehrheitsaktionär vieler Banken geworden. Die damit einhergehende Kontrolle über die Kreditvergabe verleiht der Regierung einen gewissen Hebel gegenüber dem Unternehmenssektor, dessen Umstrukturierung sie mit Vehemenz, bisher aber nur mit gemischtem Erfolg betreibt. Ziele der Umstrukturierung sind ein deutlicher Schuldenabbau, die klare Verringerung der Überdiversifizierung zahlreicher Unternehmenskonglomerate, der Abbau von Überkapazitäten und eine transparentere Unternehmenskontrolle und -führung. Während es in der Folge zu einigen Zwangsschließungen, Spin-offs und Verkäufen von Geschäftsbereichen sowie Fusionen und Übernahmen gekommen ist, bleibt die Frage, wieweit diese Veränderungen durchgreifend und langfristig erfolgreich sein werden. Der Abbau von Überkapazitäten und Schulden ist jedenfalls bislang bei vielen Unternehmen nur ungenügend vorangekommen. Mit Interesse wird zu beobachten sein, ob die angegangenen Strukturreformen angesichts der augenscheinlichen Erholung der südkoreanischen Wirtschaft 1999 auch weiterhin mit Verve betrieben werden.

Im Bereich der Kultur Südkoreas wurde 1998 der Weg freigemacht für den bislang verbotenen Import japanischer Kulturgüter verschiedenster Art. Die schrittweise Aufhebung des Importverbots, der eine kontrovers geführte gesellschaftliche Debatte vorausging, bedeutet nicht nur einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einer wirklichen Normalisierung der Beziehungen mit der ehemaligen Kolonialmacht, sondern kann auch als Ausdruck eines gestärkten nationalen Selbstwertgefühls interpretiert werden. In der Vergangenheit war jedenfalls in Südkorea nationale Identität auch immer eine Frage der Abgrenzung gegenüber Japan; allzu häufig wurde das Verhältnis zum Nachbarland instrumentalisiert bei dem Bemühen, eine nationale Identität zu konstruieren. Diese Negativtaktik hat die Republik Korea wahrlich nicht mehr nötig.

Im Bereich der innerkoreanischen Beziehungen kam es schließlich 1998 durch die Tourismus- und anderen Projekte des Hyundai-Ehrenvorsitzenden Chung Ju-yung zur Bewegung. Im Rahmen der von Hyundai organisierten Besuchsfahrten in das Diamantengebirge können südkoreanische Staatsbürger zum erstenmal seit dem Koreakrieg wieder nordkoreanischen Boden betreten. Derartige Unternehmensaktivitäten befinden sich im deutlichen Einklang mit der „Sonnenschein-Politik“, welche die Regierung Kim Dae-jung gegenüber dem Norden eingeschlagen hat. Ob die Trennung von Politik und Wirtschaft in den Beziehungen zum Norden allerdings auch Früchte im Sinne einer echten Entspannung zwischen den beiden koreanischen Staaten tragen wird, steht auf einem anderen Blatt.

Die nordkoreanische Führung und die staatsgelenkten Medien reagierten jedenfalls zunächst abwartend, dann zunehmend feindseitig auf den neuen Kurs im Süden. Mehrere offenbar gewordene Spionageaktionen und schließlich der Abschub einer nordkoreanischen Mittelstreckenrakete Ende August 1998 lieferten immer wieder Zündstoff für die innerkoreanische, intraregionale und weltweite Diskussion über den richtigen Umgang mit dem isolierten Regime im Norden. In wirtschaftlicher Hinsicht machte der Norden auch 1998 nur durch den anhaltenden Niedergang und

die weiter schwelende Hungerkrise von sich reden. Während Nordkorea mittlerweile von 200.000 Toten im Gefolge der Versorgungsprobleme spricht, gehen ausländische Schätzungen von einem Zehnfachen dieser Zahl aus. Danach wäre in den letzten Jahren rund ein Zehntel der nordkoreanischen Bevölkerung der Hungerkatastrophe erlegen. Die mittel- bis langfristigen Folgen von Unter- und Mangelernährung bei der jüngeren Generation sind bereits heute in erschreckender Weise erkennbar.

Währenddessen steht die Bevölkerung Nordkoreas hundertprozentig hinter dem „Großen Führer“ Kim Jong-il. Dies zumindest sollte das offizielle Wahlergebnis suggerieren, mit dem Kim Jr. in die 10. Oberste Volksversammlung gewählt wurde. Diese trat zu ihrer 1. Sitzung im September 1998 zusammen und verabschiedete einige Ergänzungen zur bestehenden Verfassung. So wurde ein Präsidium der Obersten Volksversammlung eingerichtet, dessen Vorsitzender, derzeit der ehemalige Außenminister Kim Yong-nam, das Land nach außen hin vertritt. De facto ist jedoch die Nationale Verteidigungskommission mit dem wiedergewählten Vorsitzenden Kim Jong-il an der Spitze zum wichtigsten Staatsorgan avanciert. Dies wurde auch dadurch unterstrichen, daß das Amt des Staatspräsidenten „auf Ewigkeit“ an den 1994 verstorbenen Kim Il-sung verliehen wurde. Über die Frage, wie lange diese „Ewigkeit“ noch dauern wird, darf weiter eifrig spekuliert werden.

Nicht Spekulation, sondern präzise Information und Analyse bietet die vorliegende vierte Ausgabe des Korea-Jahrbuches des Instituts für Asienkunde. Nach der Chronologie des ereignisreichen Jahres 1998 auf der koreanischen Halbinsel wirft dabei zunächst der ehemalige Botschafter in Seoul, *Karl Leuteritz*, Licht auf die deutsche Sichtweise des japanisch-koreanischen Protektoratsvertrages von 1905. Die Schwerpunkte und Tendenzen der südkoreanischen Innenpolitik 93 Jahre danach werden aufgezeigt von *Manfred Pohl*, Professor am Seminar für Sprache und Kultur Japans der Universität Hamburg. Mit der Frage, ob und wie sich die Menschenrechtspolitik Südkoreas unter dem neuen Staatspräsidenten Kim Dae-jung, der früher selbst ein Schützling internationaler Menschenrechtsvereinigungen war, verändert, beschäftigt sich dann der Leiter des Seouler Büros der Friedrich-Naumann-Stiftung, *Ronald Meinardus*.

Sein Kollege von der Friedrich-Ebert-Stiftung, *Peter Mayer*, zieht im Anschluß daran eine Bilanz der sozialen Auswirkungen der jüngsten Krise und der Reaktionen hierauf von staatlicher Seite. *Byeong-Seog Park*, leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsabteilung des Electoral Training Institute der National Election Commission, skizziert hiernach die gesetzlichen Grundlagen und wesentlichen Akteure im Bereich der politischen Bildung in Südkorea. Weg von der inländischen Politik, hin zu den externen Beziehungen des Landes führt die *tour d'horizon* zur südkoreanischen Außenpolitik, die erstmals von *Oliver Schramm*, seit vergangennem Jahr politischer Referent an der deutschen Botschaft in Seoul, bestritten wird. Daß die realen Folgen der Krise erst 1998 richtig in Erscheinung traten, zeigt der Beitrag von *Rainer Henseleit*, dem Repräsentanten der Bundesstelle für Außenhandelsinformation in Seoul, zu den Wirtschaftstrends zur Jahresmitte 1999. Zu einem zentralen Gravitationszentrum für die externen Wirtschaftsbeziehungen Südkoreas

hat sich seit Anfang der 90er Jahre die VR China entwickelt; ein Trend, der sich trotz der jüngsten Krise weiter fortsetzen wird, wie auch *Konstantin Meier-Kuhlenkampff*, Forschungspraktikant, und *Margot Schüller*, wissenschaftliche Referentin am Institut für Asienkunde, zum Abschluß ihres entsprechenden Beitrages meinen.

Den Auftakt der Beschäftigung mit Nordkorea im diesjährigen Jahrbuch bildet die Übersicht der wesentlichen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen im Berichtsjahr, die wiederum aus der Feder von *Manfred Pohl* stammt. *Patrick Köllner*, wissenschaftlicher Referent am Institut für Asienkunde, widmet seinen Beitrag den Grundlagen und der Ausrichtung der nordkoreanischen Außenpolitik, die oftmals vorschnell als irrational beurteilt wird. Im letzten Beitrag zu Nordkorea beschäftigt sich *Sebastian Harnisch*, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachbereich Politikwissenschaft der Universität Trier, mit der Entwicklung und den Perspektiven der Korean Peninsula Energy Development Organization (KEDO), einem der zentralen Elemente der bislang bestehenden Sicherheitsarchitektur auf der koreanischen Halbinsel. Eine Auswahlbibliographie zur Finanz- und Wirtschaftskrise in Südkorea, zusammengestellt von *Günter Schucher*, dem Leiter der Asienabteilung der Dokumentation des Deutschen Überseeinstituts, und *Eva Espenhain Nielsen*, leitende Bibliothekarin im Nordic Institute of Asian Studies, Kopenhagen, beschließt den Reigen der Beiträge im Korea-Jahrbuch 1999.

Der besondere Dank des Herausgebers gilt auch dieses Jahr wieder Vera Rathje und Siegrid Woelk, die das Jahrbuch gewohnt souverän redaktionell bzw. textverarbeitungsmäßig betreut haben.

Hamburg, im Juni 1999

Patrick Köllner